

**Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses****Einstellung von 120 Polizeikommissaranwärtern im Jahr 2014 im Land Bremen****I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Antrag der Fraktion der CDU „Einstellung von 120 Polizeikommissaranwärtern im Jahr 2014 im Land Bremen“ (Drs. 18/1226) in ihrer 55. Sitzung am 26. Februar 2014 zur weiteren Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Der Antrag verfolgt das Ziel, die vom Senat beschlossene Einstellungszahl von Polizeikommissaranwärterinnen und Polizeikommissaranwärtern im Jahr 2014 im Land Bremen auf insgesamt 120 Stellen zu erhöhen. Nach Ansicht der Fraktion der CDU machten aktuelle Berechnungen des Innenressorts deutlich, dass die vom Senat beschlossenen Einstellungszahlen die Abgänge bei der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven nicht kompensieren könnten und bereits ab dem Jahre 2018 zu wenig Polizeibeamte zur Verfügung stünden. Zur Gewährleistung der inneren Sicherheit dürfe die Anzahl der Polizeibeamten bei gleicher Aufgabenbelastung nicht noch weiter sinken und sei die beantragte Erhöhung der Einstellungszahlen bei Polizeikommissaranwärterinnen und Polizeikommissaranwärtern zwingend erforderlich.

Der Ausschuss hat den Antrag in seiner Sitzung am 21. März 2014 unter Einbeziehung der Ausbildungsplanung des Senats für das Jahr 2014 (Vorlage 18/445 L), die im Ergebnis mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und gegen die Stimme des Ausschussmitglieds der Fraktion DIE LINKE beschlossen wurde, beraten.

Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen weisen daraufhin, dass der Senat in seiner Ausbildungsplanung für das Jahr 2014 den in Zukunft höheren Bedarf an Polizeikommissaranwärterinnen und Polizeikommissaranwärtern bereits berücksichtigt habe. Für die Fachrichtung Polizei, Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt sehe die Ausbildungsplanung allein für das Jahr 2014 die Einstellung von 84 Anwärtinnen und Anwärtern vor. Diese Einstellungszahl sei im Hinblick auf den zukünftigen Personalbedarf auskömmlich und verdeutliche trotz der schwierigen finanziellen Lage des Landes Bremen die erheblichen Anstrengungen des Senats zur Sicherstellung einer stabilen Personalstärke bei der Polizei.

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und DIE LINKE, den Antrag abzulehnen.

**II. Antrag und Beschlussempfehlung**

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, den Antrag der Fraktion der CDU „Einstellung von 120 Polizeikommissaranwärtern im Jahr 2014 im Land Bremen“ (Drs. 18/1226) abzulehnen.

Carl Kau  
(Vorsitzender)